

Bildungs–Waterloo in Dresden – Bildungsmisere bleibt

Ein Kommentar von Dieter Knutz, Vorsitzender GEW Bezirk Weser-Ems

Am 22. Oktober hatte die Kanzlerin zum Bildungsgipfel geladen. Schon im Vorfeld dieser PR-Veranstaltung war die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen worden. Aber die Ergebnisse des Showdowns in Dresden belassen Deutschland in der Position eines bildungspolitischen Entwicklungslandes, das laut OECD mit 5,2 Prozent Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt als bildungsarm gelten muss. Bezeichnenderweise waren die Leidtragenden der Bildungsmisere nicht geladen. Man tagte hinter verschlossenen Türen.

Der CDU – Bundesvorstand hatte sich vor dem Gipfel jährliche Mehrausgaben von 25 Milliarden Euro verständigt, aber gestreckt bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts. Bundesbildungsministerin Annette Schavan will dagegen bis 2012 nur 6 Milliarden Euro in „Bildungs- und Aufstiegschancen investieren. Die in der Presse vor dem Bildungsgipfel angekündigte Erhöhung des Bildungsanteils auf 10 Prozent erwies sich schon bald als Luftblase.

Unter anderem wurde das Ziel, die Zahl der Schulabbrecher innerhalb von 5 Jahren zu halbieren, schon vor dem Gipfel kassiert und durch die Formulierung „reduziert“ ersetzt. Dasselbe gilt für die Zahl der Schulabbrecher. Im Rahmen der europaweiten Lissabonstrategie hatte sich Deutschland im Jahre 2000 verpflichtet, die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren. Trotzdem liegt die Zahl konstant bei 70000 pro Jahr. Die Zahl der Studierenden soll nicht mehr auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs erhöht, sondern nur noch „gesteigert“ werden. Was ist auch anderes von einer Regierung zu erwarten, deren Bildungsministerin die Nachricht, dass nach Einführung der Studiengebühren

in nur einigen Bundesländern die Zahl der Studierenden um 18000 gesunken sei, mit einem Festhalten an Studiengebühren kommentierte?

Die Bundesländer wollten noch nicht einmal zusagen, wegen sinkender SchülerInnenzahlen frei werdende Mittel ausschließlich im Bildungsetat zu belassen.

Das Echo auf den Bildungsgipfel in der Presse war zu recht verheerend.

So berichtete die Schwäbische Zeitung in ihrem Leitartikel: „Der Bildungsgipfel in Dresden hat vereinbart, die Mittel für Bildung aufzustocken, aber sich nicht geeinigt, wer das zahlen soll. Peinlich.“

Die Hälfte des pädagogischen Personals an Krippen, Kindergärten, Schulen und Hochschulen wird in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Allein in den Kindergärten und Krippen werden 17.000 neue Erzieherinnen und Erzieher Jahr für Jahr bis 2015 benötigt. Eine entsprechende Ausbildung schließen jährlich aber nur 7.000 junge Menschen ab. Das war nicht Thema des Gipfels.

GEW und DGB haben in 10 Punkten die zentralen Forderungen als Maßstab für die Bildungspolitik formuliert.

Unter anderem fordern sie:

- Bildung ist staatliche Daseinsvorsorge – Privatisierung und Gebühren abschaffen,
- Bildung ist ein Menschenrecht – Bildungsarmut bekämpfen,
- Eine gute Schule für alle Kinder – Auslese der Kinder stoppen,
- Ein „zukunftsfähiges deutsches“ Bildungssystem“ braucht eine nationale Strategie – mehr Geld in Bildung investieren.

Eine Verschuldung des Staates durch weitere Investitionen auch in die Bildung wurde in der Vergangenheit mit dem Hinweis auf die Belastung der zukünftigen Generationen abgelehnt. Davon hört man bei der Bereitstellung von 500 Milliarden für die Banken im Rahmen der Finanzkrise nichts. Dass die Dresdener Tagung ohne verbindliche Zusagen für die Zukunftssicherung der nachfolgenden Generationen durch Bildungsinvestitionen endete – das ist doch wirklich der „Gipfel“! An diesem Punkt stellt sich berechtigterweise die Frage nach der Belastung der zukünftigen Generationen aufgrund fehlender Bildungsinvestitionen!

Einen gesellschaftlichen Konsens für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen gibt es nicht. Dass die chronische Unterfinanzierung des Bildungssektors, die schlechten Arbeits- und Lernbedingungen, Auslese und Benachteiligung im Bildungssystem durch die GEW, die Beschäftigten im Bildungssektor und ihre Bündnispartner verstärkt bekämpft werden müssen, haben die Kanzlerin und ihr Dresdener Gefolge noch einmal bestätigt.

